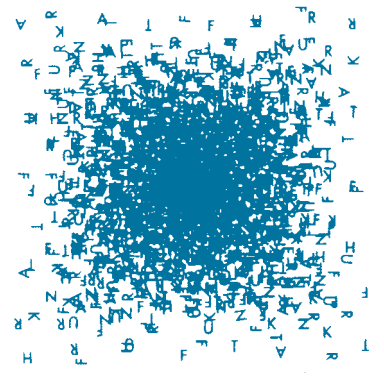


CAZ



Sonderausgabe der
Campuszeitung der Fachhochschule Frankfurt am Main – University of Applied Sciences

Kürzungen des hessischen Hochschulbudgets



**Ein offener Brief
des Präsidenten**

**Interventionsversuche –
Appelle an Politik und Wirtschaft**

**Ein Vorschlag,
der sich hören lässt**

2 INHALT

3 - 5 EIN OFFENER BRIEF DES PRÄSIDENTEN

6 - 8 ZUR SACHLAGE: DIE GEPLANTEN KÜRZUNGEN DES HESSISCHEN HOCHSCHULBUDGETS

- 6 Hessischer Hochschulpakt 2011-2015
Eckpunkte des Entwurfs (Stand 16.4.2010)
- 8 Modellrechnung zu den geplanten Kürzungen
Budgetierung 2011 – Ein Ausblick des Controllings der FH FFM

9 - 18 HOCHSCHULÖFFENTLICHE UND ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHMEN

- 9 Stellungnahme der Konferenz Hessischer Fachhochschulpräsidien
„Die Budgetsenkungen entsprechen zum Teil dem Etat kompletter Fachbereiche“
- 11 Stellungnahme der Landes-ASten-Konferenz
Studien- und Lernbedingungen werden sich dramatisch verschlechtern
- 13 Brief des Hochschulrats-Vorsitzenden der FH FFM
Kürzungen dürfen die Substanz der Hochschulen nicht gefährden
- 14 Stellungnahme des Senats der FH FFM
Der Senat fordert das Präsidium auf, den vorliegenden Hochschulpakt 2011-2015 nicht zu unterzeichnen
- 15 Stellungnahme des AstA der FH FFM
Bildung ist die Zukunft aller, und in diese gilt es zu investieren
- 16 Presseinformation des Präsidenten vom 31. März 2010
Geplante Kürzungen des Hochschulbudgets bedrohen Lehr- und Forschungsbetrieb der FH FFM

17 - 25 INTERVENTIONSVERSUCHE – APPELLE AN POLITIK UND WIRTSCHAFT

- 17 Stellungnahme der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di
„Falsches gesellschaftspolitisches Signal“
- 19 Brief der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände an das Land
„Hessen würde einen erheblichen Standort-Nachteil erleiden“
- 22 Brief des Präsidenten an Abgeordnete und hochschulpolitische Sprecher
Protest der Hochschulen bleibt von der Regierung ungehört
- 25 Brief des Präsidenten an die Spitzen der hessischen Wirtschaftsverbände
Konsequenzen der Kürzungen für die Wirtschaft

26 EIN VORSCHLAG, DER SICH HÖREN LÄSST

27 IMPRESSUM



Leere Kassen, leere Hörsäle? Den hessischen Hochschulen drohen ab dem Jahr 2011 erhebliche finanzielle Einbußen. Umfang und Qualität des Lehrbetriebs werden den Sparkurs sicher nicht unbeschadet überstehen. Sogar die Schließung ganzer Fachbereiche steht im Raum.
Foto: Fotolia



Sehr geehrte Eltern von Studierenden und zukünftigen Studierenden,

die Fachhochschule Frankfurt am Main ist stets dem Anspruch als gute lehrende und forschende Hochschule verpflichtet. Sie versteht sich als Aufsteigerhochschule – integrierend, familienfreundlich und barrierefrei. Ihre Stärken liegen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Chancengleichheit, Selbstlernkompetenz, Forschung und Internationalität.

Sie kann als stärkster Integrationsmotor in der Stadt Frankfurt am Main angesehen werden.

Ob die Fachhochschule Frankfurt dieser Rolle künftig gerecht werden kann, ob sie auch weiterhin hochwertige akademische Ausbildung bieten und von der Wirtschaft gefragte anwendungs- und transferbezogene Forschung leisten kann, ist jedoch fraglich. Denn ihr drohen, wie allen anderen staatlichen Hochschulen Hessens, erhebliche finanzielle Einbußen.

Der Entwurf des Hochschulpakts 2011-2015 (dessen Eckpunkte Sie auf Seite 6 finden) sieht eine Minderung des jährlichen Hochschulbudgets in Hessen um mehr als 30 Millionen Euro vor. Das bedeutet für meine Hochschule: **Pro Studierenden werden in der Lehre 20 bis 35 Prozent weniger Mittel zur Verfügung stehen!** Das zeigt aus meiner Sicht den falschen Weg aus der Schuldenkrise auf.

Gerne leistet die Fachhochschule Frankfurt ihren Beitrag, gemeinsam mit der Regierung den Weg aus der Finanzkrise und in Richtung Haushaltskonsolidierung zu gehen. **Denn wir müssen verhindern, dass wir unseren Nachkommen unzumutbare Schuldenberge aufbürden.** Aber wir dürfen unseren Kindern vor lauter fiskalischer Panik nicht gleichzeitig ihr wichtigstes Instrumentarium zum Erhalt einer gesunden Volkswirtschaft nehmen: die gute Ausbildung. Denken Sie an diese wichtige Vorgabe, wenn Sie sich fragen, ob Sie dafür sind, dass in **allen** Ressorts – auch im Bildungsressort – gespart werden sollte.

Mit dem Argument, sparen zu müssen, ausgerechnet die Mittel bei der Ausbildung unserer Kinder zu kürzen – das ist paradox.

Darüber möchte ich Sie mit meinem Brief informieren. Diese Information ist meines Erachtens sehr wichtig, denn es geht um die Zukunft Ihrer Kinder.

1. Der Hochschulpakt aus bildungspolitischer Sicht

Der Hochschulpakt weist aus meiner Sicht eine Reihe von Defiziten auf, die dazu beitragen, dass gewünschte Effekte auf den Haushalt des Landes und auf den Standort Hessen weitgehend ausbleiben werden.

Der Hochschulpakt

- basiert auf einer Reihe von Fehlannahmen,
- nutzt keinerlei Chancen zum Erhalt oder Ausbau eines für die Gesellschaft attraktiven Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Hessen und
- ist politisch einseitig fiskalisch motiviert.

Zu den Fehlannahmen:

Fehlannahme 1:

Die Kürzungen sind lediglich Anwendung des Hochschulpakts 2006-2010, bei dessen Gestaltung die hessischen Hochschulen selbst mitgewirkt haben. Die Kürzungen sind also von ihnen mit verantwortet.

Richtig ist

1. Der Hochschulpakt hat keine Rechtskraft, sondern ist eine politische Vereinbarung. Andernfalls könnten Hochschulen im Gegenzug die von der Regierung nicht eingelösten Gegenleistungen, die an einzelnen Hochschulen beträchtlich sind, juristisch einfordern – bspw. könnte die Fachhochschule Frankfurt die Realisierung der zugesagten „Campusbebauung II“ von der Regierung einklagen.
2. Der Hochschulpakt 2006-2010, auf den sich hier vermeintlich berufen wird, läuft aus. Er ist in dem Zeitraum, in dem Kürzungen durchgeführt werden sollen, schlichtweg nicht mehr gültig. Dann gilt ein neuer Pakt. Zudem wurde im Rahmen der Verhandlungen zum alten Pakt, der den Kürzungsmechanismus tatsächlich vorsah, nicht berücksichtigt, dass auf die Hochschulen im Zeitraum des neuen Pakts ein erheblicher Zuwachs der Studierendenzahl zukommen würde. Aufgrund der doppelten Jahrgänge infolge der Schulzeitverkürzung von 13 auf zwölf Jahre sieht die hessische Regierung für die Fachhochschule Frankfurt eine zusätzliche Aufnahme von 1.450 Studierenden ab dem Jahr 2011 vor.

Fehlannahme 2:

Das Bildungsressort kommt bei den Kürzungen am glimpflichsten davon, außerdem muss es „solidarischerweise“ mit anderen Ressorts an der Haushaltskonsolidierung beteiligt werden.

Richtig ist:

Alle Ressorts haben Kürzungspotenziale, nur: Die übrigen Ressorts antworten darauf mit Leistungskürzungen. Nur vom Bildungsressort wird ein Leistungsaufwuchs von durchschnittlich rund 20 Prozent verlangt. Allein der Verzicht auf eine proportional steigende Vergütung ist ein erheblicher Beitrag zur Kostendämpfung. Eine reale Kürzung im Bildungsressort zu verlangen, erachte ich hingegen als zynisch und skandalös!

Fehlannahme 3: Es ist ein einmaliger Solidarbeitrag in Höhe von 30 Millionen Euro aufzubringen.

Richtig ist:

- Die Kappung ist für **jedes einzelne Jahr** von 2011 bis 2015 angekündigt.
- Die Kürzung beträgt tatsächlich 34 Millionen Euro pro Jahr, denn 4 Millionen Euro werden aus einer bedingten teilweisen Übernahme von Tariferhöhungen gegengerechnet.
- Zusätzlich werden innerhalb des Budgets nochmals 20 Millionen Euro aus dem Lehrbudget zugunsten der Forschung abgezogen.

Insgesamt wird im Paktzeitraum bis 2015 **gut eine Viertel Milliarde Euro** aus der Lehre abgezogen. Verschärfend wirken die weitgehend nicht übernommenen Tariferhöhungen für die Angestelltenbezüge.

Fehlannahme 4:

Eine Budgetkürzung des Forschungsförderungsprogramms LOEWE des Landes Hessen (= rund 90 Millionen Euro pro Jahr) anstelle einer Kürzung des Hochschuletats ist nicht möglich, denn das LOEWE-Programm ist eine unerlässliche Forschungsförderung.

Richtig ist:

Forschung wird gefördert – und zwar an Universitäten über den Forschungsanteil im Clusterpreis sowie über Exzellenzprogramme des Bundes und Programme der Europäischen Union. Das LOEWE-Programm kann daher in deutlich reduzierter Höhe angeboten werden.

2. Die Folgen für meine Fachhochschule

Allein die Fachhochschule Frankfurt wird für einen Aufwuchs von 20 bis 30 Prozent – je nach relativer Stellung zu den anderen Hochschulen – mit einem Herabsenken der Leistungsabgeltung um 1,0 bis 4,0 Millionen Euro, also einem Minus von 2,5 bis zu 11 Prozent, „belohnt“ (Eine Modellrechnung zu den Verlusten der FH FFM finden Sie auf Seite 8). **Das bedeutet angesichts der höheren Studierendenzahl, dass je Studierenden rund 20 bis 35 Prozent weniger Mittel zur Verfügung stehen.**

Im alten Pakt hat die Fachhochschule Frankfurt **alle** Ziele erfüllt, bis hin zur Erwähnung als „Good-Practice-Beispiel Bologna“ durch die Hochschulrektorenkonferenz. Diese Leistung von Professorinnen und Professoren, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Verwaltung und Technik sowie von Studierenden sehe ich nun in beispielloser Weise durch die hessische Landesregierung entwertet.

Lassen Sie es mich aus meiner persönlichen Sicht in folgender Weise auf den Punkt bringen:

Im alten Paktzeitraum hat die Landesregierung die Fachhochschule Frankfurt hängenlassen. Im neuen Paktzeitraum wird sie von der Regierung plattgemacht.

Und dies wissentlich. Denn Aufwuchszahlen und Modellrechnungen stammen von der Regierung, und sie kennt unsere Lageberichte.

Für mich als Führungskraft bedeutet dies auch, dass mir die Möglichkeit genommen wird, der Fürsorgepflicht gegenüber meinen Mitarbeitern in erforderlicher Weise nachzukommen.

Es geht anderen Hochschulen nicht anders. Die Bildung wird von den Hochschulen getragen. Dafür stehen die Präsidien aller Hochschulen. Und das muss anerkannt werden!

3. Was ist zu fordern?

Es geht in Hessen um mehrere 10.000 Mitarbeiter, deren „Kapital“, deren „Rohstoff“ in einer besonderen Sensibilität besteht. Diese ist Basis von Wissenschaftlichkeit und Kreativität. Gerade das Wissenschaftsressort sollte willens und fähig sein, die Fürsorgepflicht gegenüber diesen Mitarbeitern anzuerkennen.

Es geht in Hessen um mehrere 100.000 junge Menschen, die daran arbeiten, ihr Leben auf kulturvolle Weise wahrzunehmen. Das ist die mit weitem Abstand führende gesellschaftsgestaltende Größe. Hier die berechtigten Erwartungen derart herb zu enttäuschen, wird unabsehbare negative Auswirkungen haben.

Im Übrigen darf nicht vergessen werden, dass der Bildungsetat, insbesondere durch die Ausbildung von Nachwuchskräften für den Arbeitsmarkt, mittelbar auch eine steuernde Wirkung für viele weitere Ressorts – Wirtschaft, Sicherheit und nicht zuletzt dadurch auch Finanzen – hat.

Diese wichtige steuernde Wirkung wird durch den neuen Pakt abgewürgt.

- Abgewürgt durch die Anforderung, mehr Studierende auszubilden, und die gleichzeitige Kürzung der dafür notwendigen Mittel.

- Abgewürgt durch Demotivation von Mitarbeitern und der damit einhergehenden Lähmung von Kreativität.

Fazit:

1. Die Parameter des Hochschulpakts, die in den Hochschulleitertagungen als politische Setzungen genannt wurden und damit nicht zu diskutieren waren, richten sich insgesamt gegen die Lehre.
2. Damit richten sich die politischen Setzungen gegen die Familien und ihre berechtigten Erwartungen an eine vernünftige Ausbildung ihrer Kinder.

3. Die Kürzungen bzw. Setzungen werden mit Beginn des kommenden Jahres unmittelbare und harte Einschnitte, insbesondere bei den Trägern der praxisorientierten akademischen Lehre, mit sich bringen.

4. Damit wird besonders die mittelständische Wirtschaft von den Konsequenzen der Kürzungen betroffen sein, die entsprechende Absolventen und entsprechende praxisorientierte Leistungen von motivierten Wissenschaftlern erwartet.

5. Damit taugt der Pakt nicht zum Auffangen unabdingbarer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedürfnisse im Land Hessen.

6. Der Entwurf des Hochschulpakts ist dem Ressort Bildung nicht würdig, und ich halte ihn in seiner Anwendung für unchristlich.

Ich protestiere hiermit entschieden und auf das Schärfste gegen die Kürzungspläne und fordere:

1. eine sich an der Leistung der Hochschulen orientierende, proportional steigende Produktabgeltung durch das Land Hessen und eine entsprechende Entdeckung des Etats (der sich ja dann wünschenswerterweise automatisch durch Leistungsgrenzen deckelt),
2. die Umverteilung von 20 Millionen Euro des Grundbudgets hin zum Erfolgsbudget zu unterlassen oder das Gesamtbudget entsprechend zu kompensieren,
3. eine deutlich stärkere Berücksichtigung von Lehrparametern im Erfolgsbudget,
4. die volle Übernahme der Tariferhöhungen.

Ich bitte Sie herzlich um Ihre Unterstützung und danke dafür im Voraus.

Ihr



Dr.-Ing. Detlev Buchholz
Präsident der Fachhochschule Frankfurt am Main

Hessischer Hochschulpakt 2011-2015

Eckpunkte des Entwurfs (Stand 16.4.2010)

1. Finanzierung der Hochschulen

- **HEUREKA** wird mit durchschnittlich 250 Mio. € p.a. in der Laufzeit des Hochschulpakts fortgeschrieben.
- Die Mittel zur Qualitätsverbesserung von Studium und Lehre (QSL-Mittel) in Höhe von 92 Mio. € p.a. werden über den Gesamtzeitraum dieses Hochschulpakts unverändert fortgeschrieben.
- Das **LOEWE-Programm** wird fortgesetzt. Eine Absenkung des mittelfristigen Mittelvolumens von 90 Mio. € p.a. ist nicht beabsichtigt. Dies ist aber bei einer weiterhin angespannten Haushaltslage nicht auszuschließen.
- Gemeinsame **Förderprogramme mit dem Bund** nach Artikel 91 b und 104b GG werden vom Land in voller Höhe gegenfinanziert; dies gilt insbesondere für die Ausfinanzierung des Konjunkturprogramms II, die Exzellenzinitiative, die Steigerung der DFG-Mittel, das Professorinnenprogramm und den Hochschulpakt 2020.
- Es sind Absenkungen des Hochschulbudgets um insgesamt 34 Mio. € zum Haushalt 2011 zu erbringen.
- Das Hochschulbudget wird auf dem gekürzten Stand 2010 über die Laufzeit des Hochschulpakts fortgeschrieben. Das Land ist bereit, für den Haushalt 2013 (und die Folgejahre) eine Tarifierhöhung für das wissenschaftliche Personal der Hochschulen zu gewähren.
- Das Land sagt dabei eine anteilige Übernahme der Tarifsteigerungen auf der Berechnungsbasis des Hochschulbudgets 2010 zu; hierfür wird eine Personalkostenquote von 64 % am Gesamtbudget zugrunde gelegt, die dem Anteil des in Forschung und Lehre tätigen Personals entspricht. Bei der Festlegung der Höhe der Finanzierung der Tarifsteigerung ist die jeweils aktuelle Einnahmesituation des Landes zu berücksichtigen.
- Für das Haushaltsjahr 2011 ist das Land bereit, den Hochschulen einen Anteil an der Tarifierhöhung von 0,5% auf der oben genannten Berechnungsgrundlage zu finanzieren.
- Steigen die Steuereinnahmen des Landes nach Länderfinanzausgleich wieder über 13 Mrd. €, wird das Hochschulbudget bei der nächsten Haushaltsveranschlagung um 20 Mio. € erhöht; im darauf folgenden Haushaltsjahr erhalten die Hochschulen unter dieser Voraussetzung einen weiteren Aufwuchs um 20 Mio. €. Maßstab ist die Mai-Steuerschätzung des der Veranschlagung vorausgehenden Jahres. Übersteigen die Steuereinnahmen im Ist-gegen der Steuerschätzung die 13 Mrd.-Grenze, so wird der

zugesagte Budgetzuwachs bereits im Haushaltsvollzug realisiert (Verstärkungsvermerk im Epl. 17).

2. Hochschulpolitische Ziele

- Die hessischen Hochschulen tragen dem wachsenden Fachkräftebedarf auf dem Arbeitsmarkt und der durch die demographische Entwicklung sowie durch doppelte Abiturjahrgänge steigenden Zahl von Studienberechtigten Rechnung, indem sie die **Zahl der Studienplätze erhöhen** und hierzu auch neue Studiengänge einrichten. Das Land Hessen löst damit seine Verpflichtungen im Rahmen des **Hochschulpaktes 2020** ein. MINT-Studiengänge und duale Studienangebote stellen dabei besondere Schwerpunkte dar. In den Zielvereinbarungen werden dazu Zielzahlen festgelegt.
- Die Hochschulen ergreifen Maßnahmen für eine weitere **Verbesserung der Studienorientierung** und zur **Verringerung von Studienabbruchquoten**.
- Die **Bologna-Reform** wird fortgesetzt.
- Die Hochschulen steigern die **internationale Mobilität** von Studierenden und den Austausch von Wissenschaftlern, vor allem von Nachwuchswissenschaftlern, insbesondere durch Beteiligung an transnationalen Programmen.
- Die Hochschulen verpflichten sich dem Prinzip des **Gender-Mainstreaming**.
- **Kooperationen sowohl zwischen Hochschulen als auch zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen** sollen – auch länderübergreifend – intensiviert werden.
- Die Hochschulen werden den **Wissens- und Technologietransfer** stärker ausbauen.
- Das Land Hessen unterstützt die Hochschulen weiterhin bei Maßnahmen zur Verwirklichung der „**Familienfreundlichen Hochschule**“.

3. Budgetierung ab dem Haushaltsjahr 2011

- Die Architektur des Budgetierungsmodells bleibt mit den Komponenten Grund-, Erfolgs-, Innovationsbudget und Sonstige Produkte und Projekte erhalten.
- Die hochschulinterne Budgetierung erfolgt transparent und gewährleistet die Finanzierung übergreifender Aufgaben. Die Ausgestaltung der hochschulinternen Budgetverteilung fällt in die Kompetenz der jeweiligen Hochschule.

3.1 Grundbudget

- Die Clusterpreise werden wie bisher durch die im Grundbudget verfügbaren Mittel und die Leistungszahlen bestimmt (Verteilungsmodell). Basis ist die Kostenträgerrechnung.
- Clusterpreise werden einheitlich je Hochschulart festgesetzt und nicht nach einzelnen Hochschulen differenziert.

3.2 Erfolgsbudget

- Das **Erfolgsbudget** wird 2011 in einem ersten Schritt um 20 Mio. € im Rahmen des verfügbaren Gesamtbudgets erhöht.
- Es wird ein Parameter Forschungsexzellenz gebildet, der Vorhaben der koordinierten Forschungsförderung und Wissenschaftspreise umfasst.
- Die Absolventenparameter werden grundsätzlich beibehalten.
- Die Abgeltung für alle Abschlüsse wird auf jeweils 1.500 Punkte festgesetzt; es wird nicht nach Bachelor und Master differenziert.
- Für Absolventinnen in MINT-Studiengängen (Cluster VII, VIII, Mathematik und Informatik) wird die Punktzahl auf 1.500 Punkte zusätzlich festgelegt.
- Für (männliche) Absolventen im Grundschullehramt und im Sozialwesen wird die Punktzahl auf 1.500 Punkte zusätzlich festgelegt.
- Für Absolventinnen und Absolventen in der Regelstudienzeit + 2 Semester werden zusätzlich 1.500 Punkte angesetzt.
- Der Parameter Bildungsausländer (1.000 Punkte) wird unverändert beibehalten.
- Wissens- und Technologietransfer wird als neuer Parameter eingeführt.

3.3 Sonstige Produkte und Projekte (Sondertatbestände)

- Der **Hochschulpakt 2020** wird ab 2011 als gesondertes Produkt im Förderkapitel 15 02 veranschlagt. Die Zuschüsse des Bundes werden vom Land in gleicher Höhe gegenfinanziert.
Die Abgeltung zusätzlicher Studienanfänger erfolgt in drei Preisklustern: MINT-Studiengänge an Universitäten (Fächercluster VII und VIII, Mathematik und Informatik), MINT-Studiengänge an Fachhochschulen (Fächercluster V und VII) sowie Sonstige Studiengänge.

- Der für die Abgeltung für ein Jahr verfügbare Gesamtbetrag ergibt sich aus dem gemäß dem Hochschulpakt 2020 tatsächlich erreichten Gesamtbetrag (Bundes- und Landesmittel).

- **Soweit das Land Hessen von diesem tatsächlich erreichten Gesamtbetrag den nichtstaatlichen Hochschulen Zuschüsse zuweist**, vermindert sich der verfügbare Gesamtbetrag entsprechend.

3.4 Finanzplan (Investitionsmittel)

- Die Investitionsmittel in den Hochschulkapiteln werden fortgeschrieben.
- Die **Geräteerausstattungen** der Gebäude werden ab dem Haushalt 2011 dezentral in der Eigenverantwortung der Hochschulen in den jeweiligen Hochschulkapiteln im Finanzplan gesondert veranschlagt.

3.5 Innovations- und Strukturentwicklungsbudget

- Von dem jeweiligen Gesamtansatz des Hochschulbudgets werden ab dem Haushaltsjahr 2011 16 Mio. Euro als **Innovations- und Strukturentwicklungsbudget** zur Verfügung gestellt.

3.6 Sonstige Vereinbarungen zur Haushaltsveranschlagung

- Die Anzahl der freien unbesetzten **Planstellen für Beamte** des Landes bei den Hochschulen wird 2011 um rd. 50% vermindert. Auf einen kegelgerechten Abbau der Stellen wird dabei verzichtet.

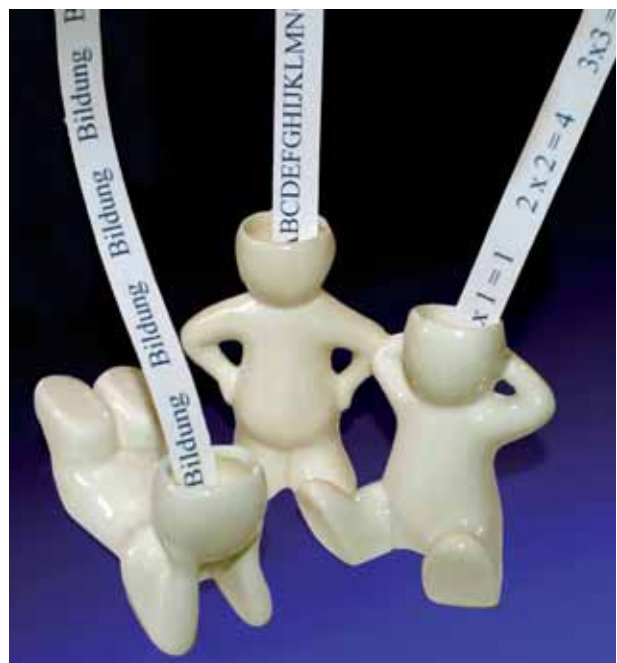


Foto: Stephanie Hofschlaeger, pixelio

Modellrechnung zu den geplanten Kürzungen

Budgetierung 2011 – Ein Ausblick des Controllings der FH FFM

Das der Fachhochschule Frankfurt zur Verfügung stehende Budget wird als „kameraler Zuschuss“ bezeichnet und beläuft sich in 2010 auf rund 36,5 Millionen Euro (siehe Status Quo in der Grafik).

Ausgehend von diesem Wert wurde das Budget für 2011 in einer Simulationsrechnung ermittelt. Dabei werden die bekannten Parameter zuerst einzeln als jeweils separates Szenario betrachtet (Szenario 1 bis 5). Anschließend werden die Szenarien 1, 4 und 5 zu einem Gesamtszenario aggregiert.

In Szenario 1 wird berücksichtigt, dass für die Studierenden in der Regelstudienzeit neue Obergrenzen festgelegt werden. Die Studierendenzahl ist maßgeblich für die Zuweisung des Grundbudgets auf Basis von Clusterpreisen. Soweit alle hessischen Fachhochschulen ihre Planzahlen erreichen, verringert sich der Anteil der FH FFM im Vergleich zu den anderen Fachhochschulen, **sodass unser Budget um rund 1,5 Millionen Euro absinkt.**

Die Studierendenzahl wird aber zukünftig als Variable in die Budgetierung eingehen. Es ist also denkbar, dass alle anderen hessischen Fachhochschulen ihre Planzahlen erreichen oder überschreiten, die FH FFM diese aber um 10 Prozent unterschreitet. Dies wurde in Szenario 2 betrachtet, **das dann einen Verlust von fast 4,0 Millionen Euro aufweist.** Als relativer Verlierer wäre die FH FFM wohl nicht mehr überlebensfähig.

In Szenario 3 wurde dann der positive Fall betrachtet: Die FH FFM als relativer Gewinner; nur wir erreichen unsere Planzahl, während die anderen Fachhochschulen diese um 10 Prozent unterschreiten. Sicherlich kein sehr realistisches Szenario. **Aber selbst für diesen positiven Fall wäre noch ein Verlust von 1,0 Million Euro zu stemmen!**

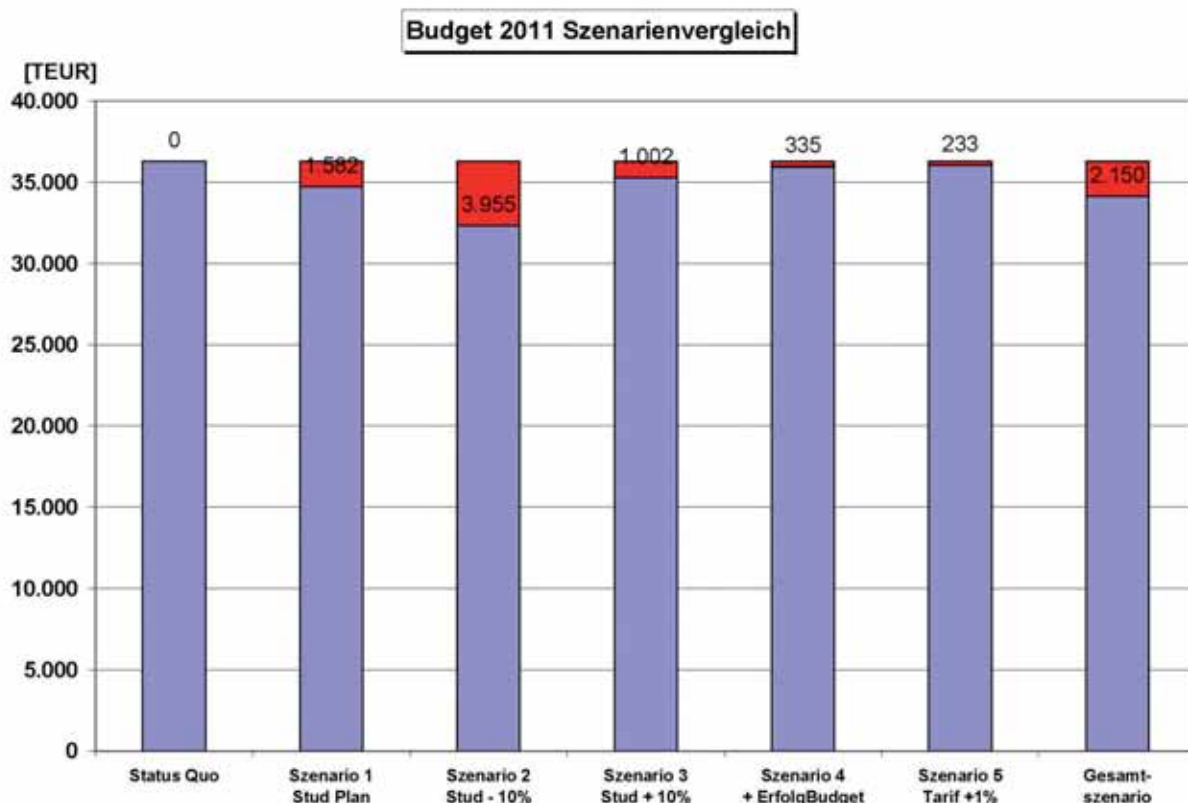
Weiterhin wird das Land eine Verlagerung vom Grund- ins Erfolgsbudget vornehmen. Im Erfolgsbudget profitieren aber insbesondere die Universitäten. Dies bedeutet für die FH FFM einen weiteren prognostizierten Verlust in Höhe von 335.000 Euro (Szenario 4).

Abschließend beabsichtigt das Land, sich nur noch zum Teil und auch nur für das wissenschaftliche Personal an den Tarifsteigerungen zu beteiligen. Pro Prozentpunkt einer möglichen Tarifierhöhung fallen ca. 375.000 Euro zusätzliche Kosten an, von denen die FH FFM rund 230.000 Euro selbst tragen müsste.

Während Szenario 2 und 3 nur eine Bandbreite aufzeigen, in der sich das Budget im Vergleich zu Szenario 1 entwickeln kann, sind die Szenarien 1, 4 und 5 zu kumulieren. **Daraus ergibt sich im Gesamtbudget ein Verlust von 2,1 Millionen Euro.**

Wie die FH FFM diesen stemmen soll, bleibt indessen offen.

Wolfgang Schaubbruch, Controlling



Stellungnahme der Konferenz Hessischer Fachhochschulpräsidenten

„Die Budgetsenkungen entsprechen zum Teil dem Etat kompletter Fachbereiche“

KHF – Konferenz Hessischer Fachhochschulpräsidenten
Universities of Applied Sciences

KHF-Geschäftsstelle
c/o Fachhochschule Gießen-Friedberg, Wiesenstr. 14, 35390 Gießen

Hessisches Ministerium
für Wissenschaft und Kunst
Frau Ministerin Kühne-Hörmann
Rheinstraße 23-25
65185 Wiesbaden

Hessisches Ministerium der Finanzen
Herrn Minister Weimar
Friedrich-Ebert-Allee 8
35185 Wiesbaden

Der Vorsitzende

Wiesenstraße 14, 35390 Gießen
Telefon (0641) 309-1000
Telefax (0641) 309-2900
praesident@fh-giessen.de

30. März 2010

Hochschulpakt 2011 – 2015: Aktualisierte Stellungnahme der KHF


Sehr geehrte Frau Ministerin Kühne-Hörmann,
sehr geehrter Herr Minister Weimar,


wir beziehen uns auf die Stellungnahme der KHF vom 23.03.2010 sowie auf die Hochschulleitertagung vom 24.03.2010 und möchten wie folgt zum derzeit geplanten Hochschulpakt 2011 – 2015 Stellung nehmen:


Erfolgsbudget
Die ursprünglich geplante Umschichtung von 10 Mio. EUR aus dem Grundbudget in das Erfolgsbudget wurde von der KHF vor dem Hintergrund der Bewältigung des Studierendenberges abgelehnt. Die erhöhte Umschichtung von nun 20 Mio. EUR in das Erfolgsbudget ist aus Sicht der hessischen Fachhochschulen nicht vertretbar.


Wie bereits mehrfach erwähnt, geht es uns um die besondere Berücksichtigung outputorientierter Parameter, insbesondere der Absolventen. Wir schlagen eine deutliche Erhöhung der Absolventen-Bewertung von derzeit 1.500 auf 5.000 Punkte vor.

Wir sprechen uns dafür aus, dass die an Fachhochschulen eingeworbenen Drittmittel im Vergleich zu universitären Drittmitteln mindestens mit dem zweifachen Wert angerechnet werden. Mit einer solchen doppelten Anrechnung könnte die fehlende Forschungsfinanzierung im Grundbudget etwas kompensiert werden.



Hochschule Darmstadt
University of Applied Sciences


Evangelische Fachhochschule Darmstadt
Protestant University of Applied Sciences


Fachhochschule Frankfurt am Main
University of Applied Sciences


Hochschule Fulda
University of Applied Sciences


Fachhochschule Gießen-Friedberg
University of Applied Sciences


Hochschule Heilbronn
University of Applied Sciences

Grundbudget

Angesichts der Gesamtlage muss ein wesentlicher Teil der Einsparungen aus noch nicht angetasteten Töpfen erfolgen (zum Beispiel LOEWE), keinesfalls aus dem Grundbudget. Das Grundbudget dient der Grundfinanzierung der Kernaufgaben der Hochschulen, der Ausbildung der Studierenden – diese Aufgabe sollte gerade in Zeiten knapper Mittel im Zentrum stehen und Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben.

Gerade deshalb befürwortet die KHF, dass bei der Errechnung der Studierendenzahlen nur die Studierenden im Erststudium Berücksichtigung finden.

Hochschulpakt 2020

Wir unterstützen die Verteilung der Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 auf Basis des relativen Aufwuchses von Studierenden im dritten Fachsemester.

Entbürokratisierung der Verausgabung von QSL-Mitteln

Die Verausgabung der QSL-Mittel hat gemäß Gesetz zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre an hessischen Hochschulen vom 18.06.2008 § 1 Absatz (4) auf der Basis eines Vorschlages einer Vergabekommission zu erfolgen. Die Erarbeitung eines entsprechenden Vorschlages durch eine solche Kommission, die Abstimmung mit dem Präsidium sowie eine im Konfliktfall notwendige zweite Phase mit anschließender Entscheidung im Senat verursachen unnötig langwierige Verhandlungen und ein hohes Maß an Bürokratie. Dies steht der zügigen – und dringend notwendigen – Verausgabung der Mittel entgegen. Um hier Abhilfe zu schaffen, wird eine Änderung des oben genannten Gesetzes dringend erbeten. Ziel muss es sein, die Präsidien der Hochschulen zur Verausgabung der QSL-Mittel im Sinne der Qualitätssicherung für Studium und Lehre zu berechtigen.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass die Kürzungen in der aktuell vorgestellten Form die Grundsatz der Hochschulen gefährden: Die Budgetsenkungen entsprechen zum Teil dem Etat kompletter Fachbereiche. Wir bitten Sie dringend, die Hochschulen in ihrer Grundsatz zu erhalten – beispielsweise, wie bereits oben vorgeschlagen, durch Verlagerung der Kürzungen in andere Programme. Wir gehen davon aus, dass wir im Dialog mit Ihnen verträglichere Lösungen für die Budgetkürzungen an den hessischen Hochschulen finden.

Mit freundlichen Grüßen,



Prof. Dr. Günther Grabatin

cc: Nachrichtlich an die KHF-Mitglieder



Stellungnahme der Landes-ASTen-Konferenz

Studien- und Lernbedingungen werden sich dramatisch verschlechtern



LAK Hessen ◊ Mertonstr. 26-28 ◊ 60325 Frankfurt am Main

Pressemitteilung

ASTa der Goethe-Universität
Frankfurt
c/o LAK Hessen
Mertonstr. 26-28
60325 Frankfurt am Main

Die Landes-ASTen-Konferenz (LAK) Hessen bekräftigt in der Pressekonferenz vom 23.04.2010 ihre vorausgegangene Kritik an dem Hochschulpakt 2011-2015 sowie den Budgetkürzungen der hessischen Hochschulen

Studien- und Lernbedingen werden sich im Zuge der Kürzungen um rund 54 Mio. Euro dramatisch verschlechtern. Die desaströse Situation der Hochschulen wird nun aufgrund des langjährigen Sparkorsetts von Bund und Ländern in Form des Hochschulpakts zementiert.

Jan Beberweyk, hochschulpolitischer Referent des ASTa der Universität Marburg, stellte die allgemeine Lage und die voraussichtlichen Entwicklungen der hessischen Hochschulen aus Sicht der Studierenden dar:

„Nach Modellrechnungen des HMWK wird es die Uni Marburg mit einem strukturellen Defizit von 3 bis zu 6 Mio. Euro jährlich am härtesten treffen“, mahnt Beberweyk. „Nach Berechnung der JLU Gießen wird die Veränderung der Tarifübereinbarungen zwischen Land und Hochschulen dafür sorgen, dass den Hochschulen nach der nächsten Tarifrunde jährlich noch einmal 16,5 Mio. Euro weniger zur Verfügung stehen. Durch die zweckgebundenen Rücklagen und die doppelten Abiturjahrgänge in den kommenden Jahren ist eine Kompensation nicht mehr möglich, was sich konkret in den Lern- und Lehrbedingungen verschärfend negativ auswirken wird“, kritisiert Beberweyk.

Die Situation der Fachhochschulen, insbesondere der Fachhochschule Frankfurt am Main, wird sich infolge der Kürzungen durch die erzwungene Erhöhung der Studierendenzahl um rund 30 Prozent im Rahmen des Pakts verschärfen, was sich negativ auf die Studien- und Lehrbedingungen auswirken wird.

Diese Vereinbarung zwischen Hochschulen und Land sieht eine jeweilige Verlagerung von 10 Mio. Euro aus dem Gesamtbudget der Hochschulen in das ‚Erfolgsbudget‘ und das ‚Qualitätssicherungsbudget‘ vor.

„Diese Verschiebung des Grundbudgets in sogenannte ‚Exzellenzleistungen‘ sind den Universitäten vorbehalten, die Fachhochschulen werden ausgeschlossen“ kritisiert Alexandra Perner, bildungspolitische Referentin des ASTa der FH Frankfurt.

Die Konsequenz ist, dass den Hochschulen in den nächsten fünf Jahren jährlich 54 Mio. Euro weniger zur Finanzierung zustehen, die in der Lehre fehlen werden. Aktuell bedeutet dies für die FH Frankfurt, dass ein Haushaltsdefizit von 1,5 Mio. Euro zu Lasten der Studierenden und Lehrenden entsteht.

„Dieses Haushaltsloch können die Hochschulen in keinem Fall abdecken, auch nicht mit Hilfe der Rücklagen, da diese zweckgebunden sind“, mahnt Perner an.

Oliver Brüchert von der GEW-Fachgruppe ‚Hochschule und Forschung in Hessen‘ konstatiert zu den Kürzungen: „Die unabwendbaren Rahmenbedingungen sinkender Steuereinnahmen sind nicht nur eine Folge der Finanzkrise, sondern insbesondere die Folge einer verfehlten Steuerpolitik, was aber von Seiten der Landesregierung bewusst verschwiegen wird.“

Für das in Forschung und Lehre tätige Personal will sich das Land Hessen lediglich an Lohnsteigerungen von nur 0,5 Prozent beteiligen. Dringend erforderlich ist, dass die Landesregierung umgehend einen Finanzplan entwickelt, der den dramatischen Rückstand der Hochschulhaushalte behebt.

„Die Hochschulen müssen selbst konsolidiert, statt zu einem ‚Konsolidierungsbeitrag‘ für den Landeshaushalt verpflichtet werden“, fordert Brüchert.

Um die Kürzung zu verhindern und eine 10-prozentige Erhöhung der Bildungsausgaben zur Sicherstellung der Grundfinanzierung zu erreichen, plant die LAK Hessen eine Kampagne zum Hochschulpakt.

Vollversammlungen zum 27./28. April an allen hessischen Hochschulen markieren den Startschuss der Kampagne. Zum 11. Mai ruft die LAK Hessen zur zentralen Demonstration mit Schüler/-innen und Auszubildenden in Wiesbaden auf – parallel dazu wird ein Treffen der Präsidien und des Ministeriums zum Hochschulpakt stattfinden.

„Bereits gestern haben 1000 Studierende in Marburg ihre Meinung zum Hochschulpakt zum Ausdruck gebracht. Friedlich protestierende Studierende wurden gewaltsam davon abgehalten, die öffentliche Amtsübergabe des Präsidiums der Uni zu besuchen. Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann verließ infolgedessen die Veranstaltung. Die Präsidentin der Uni Marburg verurteilte vor dem versammelten Publikum, dass mit Gewalt gegen friedliche Studierende vorgegangen wurde“, berichtet Alexander Lang, Sprecher des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren, abschließend.

Brief des Hochschulrats-Vorsitzenden der FH FFM

Kürzungen dürfen die Substanz der Hochschulen nicht gefährden

20. April 2010

Stellungnahme des Vorsitzenden des Hochschulrats der FH Frankfurt, Dr. Gernot Dorn

Kann die Hochschule ihren gesetzlichen Auftrag noch erfüllen?

Die Kürzungsmaßnahmen der Hessischen Landesregierung treffen Hochschulen in ihrer Substanz. Und das über Jahre hinweg. Dies berichten übereinstimmend Kollegen von Hochschulräten anderer hessischer FHs. Sie weisen darauf hin, dass die Mittelkürzungen etwa den Etatumfang eines mittlern Fachbereichs ausmachen, inklusive der Personalstellen. Auch die TU Darmstadt rechnet vor, dass die Kürzung dem Jahresetat des Physik-Fachbereichs entspräche.

Die Folgen sind fatal. Stellenkürzungen sind unausweichlich. An einigen Hochschulen entspricht die Kürzungssumme dem Wegfall von 10% der Professorenschaft im nächsten Jahr. Stellenkürzungen können nur dann realisiert werden, wenn gerade Stellen frei werden und ob es gerade die "richtigen" sind, ist sehr die Frage. Es ist also davon auszugehen, dass sowohl in Lehre und Forschung wie auch in der Verwaltung kaum koordinierbare Defizite entstehen, die nur schwer zu kompensieren sind. Lässt sich dann noch ein geordneter Lehrbetrieb und effizientes Verwaltungshandeln aufrechterhalten?

Mit Stellenkürzungen wird es aber nicht getan sein. Die Einstellung von Studiengängen wird nicht zu vermeiden sein wie auch das Zurückfahren von Bauunterhaltungsmaßnahmen und von Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre. Die dafür vorgesehenen QSL-Mittel (Ersatz für die weggefallenen Studiengebühren) müssen zur Sicherstellung des Basisangebots verwendet werden.

Reicht das? Vermutlich nicht! Aufgrund der Kostenstruktur und der schon seit langem bestehenden Unterfinanzierung sind die Hochschulen nicht in der Lage, die geforderten Einsparungen zu erbringen. Die Konsequenz ist bitter: die Hochschulen geraten in Gefahr, ihren gesetzlichen Auftrag nicht mehr erfüllen zu können.

Die Landesregierung darf erwarten, dass alle Einrichtungen, also auch die Hochschulen, ihre Sparbemühungen unterstützen, auch unter Anspannung aller Kräfte. Die Belastungen müssen aber so dimensioniert sein, dass sie leistbar bleiben und die Substanz nicht gefährden. Die Kürzungen lassen sich voraussichtlich schnell umsetzen, die spätere Beseitigung ihrer negativen Folgen wird langwierig und mühsam sein. Die Landesregierung ist auch aufgefordert, ihre Prioritäten darzulegen, um zu erkennen, ob auch andere Ressorts wie zum Beispiel der Schuletat gleichermaßen belastet werden.

Die Bemühungen der Landesregierung zur Wiederbelebung und Förderung des wirtschaftlichen Wachstums können durch die Hochschulen nachhaltig unterstützt werden, indem sie gut ausgebildete Absolventen hervorbringen. Die drastischen Sparmaßnahmen im Hochschulbereich laufen diesem Ziel zuwider, mit weit reichenden Folgen.

Stellungnahme des Senats der FH FFM

Der Senat fordert das Präsidium auf, den vorliegenden Hochschulpakt 2011-2015 nicht zu unterzeichnen

SB-H 20

Beschluss SB – H 20 des Senats der Fachhochschule Frankfurt am Main
am 21.04.2010

Hochschulpakt 2011-2015

Der Senat der Fachhochschule Frankfurt am Main fordert das Präsidium auf, den Hochschulpakt 2011-2015 in der vorliegenden Form nicht zu unterzeichnen.

Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst, HMWK, hat am 26.03.2010 eine Budgetkürzung von derzeit 30 Mio. € jährlich angekündigt, progressiv verschärft durch die Verpflichtung, Tarifsteigerungen weitgehend aus der Substanz der Hochschulen zu tragen. Diese Kürzungen stehen im Widerspruch zur bildungspolitischen Strategie der vergangenen Jahre, einen höheren Anteil junger Menschen akademisch auszubilden, um einem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die Fachhochschule Frankfurt am Main wird von den Kürzungen besonders hart getroffen, weil sich die Einsparungen auf das Grundbudget, also Studium und Lehre, unsere Kernaufgabe, konzentrieren.

Die Verlagerung von 20 Mio. € aus dem Grundbudget in das Erfolgsbudget kommt nach Modellrechnung des Landes zu 90% der Forschung zugute und verkürzt damit die Mittel für eine qualitativ hochwertige Lehre. Weitere 17 Mio. € werden für sogenannte Exzellenzleistungen (Leibnitz-Preisträger, Exzellenzcluster/Graduiertenschulen, DFG-Sonderforschungsbereiche usw.) reserviert, von denen Fachhochschulen aufgrund ihrer Strukturen und ihres Bildungsauftrags so gut wie ausgeschlossen sind. Diese internen Umverteilungen in Zeiten knapper Kassen sind gänzlich unverständlich und kritikwürdig.

Die finanziellen Rahmenbedingungen dieses Hochschulpakts stehen insbesondere im eklatanten Widerspruch zu der Forderung des Landes, an der Fachhochschule Frankfurt am Main in den kommenden Jahren 25% bis 30% Studierende zusätzlich auszubilden. Derartige Steigerungen bei den Studierendenzahlen bei gleichzeitig sinkender Finanzierung führen zwangsläufig zur massiven Verschlechterung der Ausbildungsqualität. Es ergibt sich der Eindruck, dass die Landesregierung die Ausbildung von Studierenden nicht mehr als Kerngeschäft der Hochschulen anerkennt.

Nach den vorliegenden Modellrechnungen stehen der Fachhochschule Frankfurt am Main im Ergebnis ab 2011 jährlich 1,1 Mio. € weniger zur Verfügung und sie müsste zudem die zu erwartenden Tarifierhöhungen von schätzungsweise 375.000 € pro Prozentpunkt und Jahr zu einem überwiegenden Teil selbst tragen. Die Hochschule müsste sich damit insgesamt auf eine Einsparsumme von voraussichtlich über 1,5 Mio. € jährlich einrichten. Diese Summe ist so gravierend, dass die Hochschule ihrem Ausbildungs- und Forschungsauftrag nicht mehr adäquat nachkommen kann. Dies wird sich negativ auf die Region auswirken.

Der vom Ministerium in die Diskussion gebrachte Rückgriff auf Rücklagen bietet keinen Ausweg aus der Misere, da die Verwendung der Rücklagen bereits zweckgebunden festgelegt ist. Zum Beispiel müssen Flächen angemietet werden als Ersatz für notwendige Bauvorhaben, die uns im vergangenen Hochschulpakt vom HMWK bereits zugesagt waren, aber nicht realisiert wurden.

Der Senat fordert das Präsidium und die Öffentlichkeit auf, gegenüber der Landesregierung die erforderlichen Korrekturen zu erwirken und die Hochschulen in ihrem Kerngeschäft, der qualifizierten Hochschulbildung junger Menschen, angemessen auszustatten.

Abstimmung: einstimmig ohne Enthaltungen

Stellungnahme des AStA der FH FFM

Bildung ist die Zukunft aller, und in diese gilt es zu investieren

AStA der FH-Frankfurt
Allgemeiner Studierendenausschuss
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Kleiststraße 5
60318 Frankfurt am Main



Fachhochschule Frankfurt

Pressemitteilung des AStA der FH Frankfurt am Main vom 26.04.2010

Die ersten Auswirkungen der Bildungsbudgetkürzungen sind da. Die Fachhochschule Frankfurt ist zum nächsten Semester gezwungen, einen der Großfachbereiche zu schließen

Studien- und Lernbedingungen werden sich im Zuge der Kürzungen von rund 54 Mio. Euro dramatisch verschlechtern. Die katastrophale Situation der Hochschulen wird nun aufgrund des langjährigen Sparkorsetts von Bund und Ländern in Form des Hochschulpakts 2011-2015 zementiert. Erstmals findet hierzu eine Vollversammlung für alle Angehörigen (Studierende, Lehrende und Mitarbeiter/-innen) der Hochschule statt. Diese wird organisiert vom AStA und Studierenden der FH und findet am 28.04.10 um 12:00 Uhr auf dem Campus der FH statt.

Nach langem Hin und Her ist nun die Katze aus dem Sack, und die Auswirkungen einer verfehlten Steuerpolitik machen sich auch im Bereich der Hochschule bemerkbar. Nachdem anscheinend bundesweit keine Gelder mehr für Bildung übrig sind, werden nun länderweise die Bildungsbudgets gekürzt.

Das Land Hessen hat der Fachhochschule schon in den vergangenen Jahren den jährlichen Etat um 2 und weitere 3% gekürzt, was die Fachhochschule zu einem enormen Jonglage-Akt zwang. Mit der von der Landesregierung angekündigten, zusätzlichen Budgetkürzung wird sich die momentane Lage an der Fachhochschule Frankfurt massiv verschlechtern. Schon jetzt müssen zusätzlich externe Räume angemietet werden. Im Fachbereich 2 stehen nicht genug Laborräume zur Verfügung, um ein qualitativ gutes Studium für alle zu ermöglichen. „Diese Situation besteht nicht nur im Fachbereich 2 und wird offensichtlich auch nach der Kürzung zu keiner Verbesserung von Studium und Lehre führen“, so Marcel Hoppe, hochschulpolitischer Sprecher des AStA der FH Frankfurt.

Weiterhin hat die Landesregierung im Rahmen des Hochschulpakts die geforderte Erhöhung der Studierendenzahlen zu verantworten. Gezwungen dadurch und im Hinblick auf die demografische Entwicklung und die doppelten Abiturjahrgänge muss die Fachhochschule mit einer Erhöhung der Studierendenzahl um 30% rechnen. Dies führt im Hinblick auf die Kürzungen zu desaströsen Verhältnissen in Studium und Lehre.

Zudem sieht die Vereinbarung von Bund und Ländern eine ungleiche Verteilung von 20 Mio. Euro aus dem Gesamtbudget der Hochschulen in das „Erfolgsbudget“ vor. „Diese Verschiebung der Gelder in ‚Exzellenzleistungen‘ sind den Universitäten vorbehalten, womit die Fachhochschulen ausgeschlossen werden“, kritisiert Alexandra Perner, bildungspolitische Sprecherin des AStA der FH Frankfurt. „An dieser Stelle kommt die Frage auf: Warum wird das sowieso verkürzte Grundbudget im Weiteren noch in sogenannte Exzellenztöpfe zersplittert? Und warum werden nicht alle Hochschulen gleichberechtigt und unabhängig von Exzellenztöpfen gefördert?“, so Perner weiter.

Wir fordern die Landesregierung dringend auf, die aufgeführten Kritikpunkte in die Verhandlungen und Beschlüsse des Hochschulpakts zu integrieren und dem Landtag eine realitätsnahe Variante vorzulegen. Des Weiteren fordert der AStA der FH Frankfurt die sofortige Zurücknahme der Kürzungen durch den Hochschulpakt 2020 und schlägt vor, stattdessen 10% mehr für die Bildung an Schulen und Hochschulen zur Verfügung zu stellen, den Studien- und Prüfungsleistungsdruck abzuschaffen, eine gleichberechtigte Förderung aller Hochschulen vorzunehmen, die tarifliche Absicherung aller Mitarbeiter/-innen und studentischen Tutoren/-innen zu gewährleisten sowie eine gesetzliche Verankerung des Stimmenverhältnisses von Studierenden zu Professor/-innen in allen Entscheidungsgremien der Hochschule zu schaffen.

Bildung ist die Zukunft aller, und in diese gilt es zu investieren.

Ansprechpartner/-innen:

Alexandra Perner	01520 - 5130989	(Referentin für politische Bildung)
Marcel Hoppe	0176 - 60895801	(Referent für Hochschulpolitik)
Frederik Kip	0178 - 1412883	(Referent für Pressearbeit)

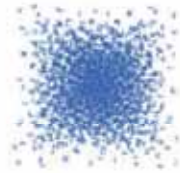
Tel.: 069 / 1533 – 2248

Fax.: 069 / 1533 – 2279

E-Mail: info@asta-fh-frankfurt.de

Presseinformation des Präsidenten vom 31. März 2010

Geplante Kürzungen des Hochschulbudgets bedrohen Lehr- und Forschungsbetrieb der FH FFM



Fachhochschule Frankfurt am Main -
University of Applied Sciences
Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main

Information für die Medien

Geplante Kürzungen des Hochschulbudgets bedrohen Lehr- und Forschungsbetrieb der FH Frankfurt

Frankfurt/Main, 31. März 2010. Detlev Buchholz, Präsident der Fachhochschule Frankfurt am Main - University of Applied Sciences (FH FFM), sieht durch die geplanten Kürzungen der Landesregierung die Aufrechterhaltung des Lehr- und Forschungsbetriebs an der FH FFM gefährdet. Nach Plänen des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst soll die Grundfinanzierung für die Hochschulen in Hessen ab 2011 um etwa 30 Millionen Euro pro Jahr gekürzt werden. Die FH Frankfurt müsste gemäß Modellrechnungen des Landes ab 2011 mit einer Million Euro pro Jahr weniger auskommen - und das bei zusätzlicher Aufnahme von rund 1.500 Studierenden in Regelstudienzeit. Bei gleichbleibender Studierendenzahl wäre der Verlust laut Buchholz sogar noch wesentlich höher: Er würde rein rechnerisch gesehen der Schließung eines Großfachbereichs entsprechen.

„Wir können keinen Fachbereich schließen, müssten es aber, wenn das Hochschulbudget wie geplant gekürzt wird“, skizziert Buchholz die Folgen der Kürzungspläne. „Die FH Frankfurt ist einer der stärksten Integrationsmotoren im Rhein-Main-Gebiet: Tausende junge Menschen mit Migrationshintergrund oder aus hochschulfernen Familien studieren an der FH FFM. Die Vernetzung unserer FH mit der Wirtschaft ist beispielhaft, genauso wie unsere Zusammenarbeit mit den Schulen. Es kann nicht im Sinne des Landes sein, durch die geplanten Sparmaßnahmen dem gesetzlichen Auftrag der Aufrechterhaltung der Lehre dermaßen zuwiderzuhandeln.“

Buchholz schlägt vor, die Budgetverteilung genau zu prüfen: „Kostenintensive Investitionsprogramme wie HEUREKA oder LOEWE mit einem Volumen von 340 Millionen Euro pro Jahr sind Familien, die Anspruch auf eine vernünftige Ausbildung ihrer Kinder haben, nicht mehr vermittelbar. Schon zehn Prozent mehr würden reichen, um die Kürzungen in der Lehre abzuwenden. Die Hochschulen dürfen leider nicht eigenmächtig Baugelder in die Lehre umschichten; hier ist die Politik gefragt.“

2.123 Zeichen mit Leerzeichen

033/10

Der Präsident
Interne und externe Kommunikation
Telefon: 069/1533-2409
Fax: 069/1533-2403
Besucheradresse: Gleimstraße 3, Gebäude 2
E-Mail: pressestelle@fh-frankfurt.de
Pressesprecherin: Gaby von Rauner

Stellungnahme der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di „Falsches gesellschaftspolitisches Signal“

presse.dienst

ver.di hessen

Datum der Veröffentlichung: Donnerstag, 15. April 2010

Der von der Landesregierung entworfene "Solidarpakt" mit den Hochschulen geht auf Kosten der Beschäftigten, der Studierenden und der Qualität der Lehre.

Der derzeit in der Diskussion stehende Entwurf des Hochschulpaktes 2011 bis 2015, von Staatsministerin Kühne-Hörmann als "Solidarpakt" bezeichnet, sieht erhebliche finanzielle Mittelkürzungen, für die Hochschulen vor. Offiziell werden die direkten Etat-Kürzungen auf ca. 30 Mio. Euro pro Jahr beziffert.

In Wahrheit liegt diese Summe allerdings erheblich über diesem Betrag, da mögliche Tarifsteigerungen während der Laufzeit des Paktes die Hochschulen selbst zu tragen haben.

"Diese Einsparungen werden unter Berücksichtigung der im kommenden Jahr verstärkten Studierendenzahlen auf Grund der doppelten Abiturjahrgänge eine Verschlechterung der Studienbedingungen für die Studierenden als auch der Qualität der Lehre zur Folge haben", so Birgit Braitsch, Fachbereichsleiterin für Bildung und Wissenschaft, ver.di Landesbezirk Hessen. Mit der Ankündigung der Landesregierung, eventuell zukünftige Tarifsteigerungen für das wissenschaftliche Personal zu 0,5% auszugleichen, unternimmt das Land obendrein den Versuch Beschäftigte und Hochschulen zu spalten, so Braitsch.

Jede Tarifsteigerung wird dann unmittelbar zu einer Stellenreduzierung führen. Der zu erwartende Personalabbau trifft insbesondere die Fachhochschulen ausgesprochen hart, da der Anteil des wissenschaftlichen Personals im Verhältnis zum nichtwissenschaftlichen Personal im Gegensatz zu den Universitäten nur ca. ein Viertel der Beschäftigten beträgt. Der weitaus größere Teil der Tarifsteigerungen wird somit nicht übernommen. "Die Personaldecke ist schon derzeit ausgesprochen dünn und eine Reduzierung der Stellen würde insbesondere in den Fachhochschulen zu einer nicht mehr zu verantwortenden Mehrbelastung der dort Beschäftigten führen und die Hochschulen über kurz oder lang im Verwaltungsbereich handlungsunfähig machen, betont Braitsch. Es spricht viel dafür, dass die Landesregierung als mittelfristiges Ziel zwei Dinge fördern möchte: das Verlangen der Hochschulen, die tarifliche Autonomie zu erhalten, um darüber die Lohnkosten selbst beeinflussen zu können und zweitens mit "selbstgewählten" Studiengebühren die fehlenden finanziellen Mittel zu kompensieren. Dies lehnt ver.di ab und fordert die Landesregierung auf, diese Pläne zurückzunehmen und ihrem Anspruch für eine gute und faire Bildungspolitik gerecht zu werden.

Zu guter Letzt bleibt die Frage, wem gegenüber Solidarität geübt werden soll.
Gemeint sind wohl diejenigen, welche die wirtschaftliche Krise verursacht haben, bei der Lösung des Problems aber so gut wie ungeschoren davon kommen.
Diese Prioritätensetzung zu Lasten der Bildung und anderer sozialer Institutionen ist ein falsches gesellschaftspolitisches Signal.

Für Rückfragen:

Birgit Braitsch

Landesfachbereichsleiterin Bildung, Wissenschaft und Forschung,

Telefon: 069-2569-1340

Mobil: 01607111195

Presserechtlich verantwortlich: Christian Rothländer (Pressestelle)

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Landesbezirk Hessen

Wilhelm-Leuschner-Straße 69 - 77 (Postfach 20 02 55), 60606 Frankfurt am Main

Festnetz: (069) 2569-1220, mobil: (0171) 6208056, Internet:
www.hessen.verdi.de <<http://www.hessen.verdi.de/>>

E-Mail: christian.rothlaender@verdi.de, Fax: (069) 2569-1299

Brief der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände an das Land

„Hessen würde einen erheblichen Standort-Nachteil erleiden“



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Frau Ministerin
Eva Kühne-Hörmann MdL
Hessisches Ministerium
für Wissenschaft und Kunst
Rheinstr. 23 - 25
65185 Wiesbaden

Frankfurt, 18.02.2010
Feu/ssc

Hochschulpakt 2011 ff.

Sehr geehrte Frau Ministerin,

Sehr geehrte Frau Kühne-Hörmann,

in den jüngsten Sitzungen der Hochschulräte der hessischen Fachhochschulen hat sich auf Seiten mehrerer Wirtschaftsvertreter der Eindruck ergeben, dass der Hochschulpakt 2011 ff zu erheblichen Engpässen insbesondere bei den Fachhochschulen führen könnte. Bei aller Einigkeit der hessischen Wirtschaft mit der Landesregierung, dass künftig mehr gespart werden muss, sehen wir doch das Gebot einer Mindestfinanzierung als sichere Grundlage jeder Bewirtschaftung, aber auch als Perspektive, um ehrgeizige wissenschaftspolitische Ziele zu erreichen und hier die Bedeutung des Standortes Hessen zumindest zu halten, wenn nicht zu verbessern.

Da der Unterzeichner die genannten Sorgen der Hochschulleitungen nicht nur im Verband von dritten Wirtschaftsvertretern, sondern auch als direktes Mitglied zweier FH-Hochschulräte erfahren hat, erlaube ich mir, die wesentlichen Punkte im Folgenden kurz zu skizzieren.

Zur Situation:

1. Bereits jetzt fahren einzelne Fachhochschulen in erhebliche Defizite. Gerade im Verwaltungsbereich sind durch das neue Steuerungsmodell und die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen etliche neue personelle Funktionen hinzugekommen (Controlling inkl. Kostenrechnung, Innenrevision etc.), die zusätzlich finanziert werden müssen.
2. Bereits jetzt haben einzelne Fachhochschulen hohe Lehrbeauftragtenquoten. Dies führt zu einer Mehrbelastung bei Betreuung und Prüfungsabnahme für das verbleibende wissenschaftliche, festangestellte Personal. Diese Hochschulen stellen bereits jetzt ein Anwachsen der Anzahl an Anträgen auf Frühpensionierung aufgrund von gesundheitlicher Überlastung („Burn-out“ etc.) fest.

Aus der Diskussion in den Hochschulräten und mit den Präsidenten wie Kanzlern haben wir den Eindruck gewonnen, dass im **knapp ausgestatteten FH-Sektor weder im personellen Bereich, noch bei Raum- oder Sachausstattung nennenswerte Einsparungen möglich sind.**



Zu den möglichen Konsequenzen des neuen Hochschulpakts:

1. Es besteht die Sorge, dass ein Einfrieren der Haushalte schon bei den jetzt vorliegenden Anfängerzahlen einzelne Fachhochschulen vor die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung der qualitativ guten Lehre stellen würde.
 2. Die Übernahme von Tarifsteigerungen durch die Hochschulen für möglicherweise die gesamte Laufzeit des HS-Pakts stellt ein hohes und kaum kalkulierbares Risiko dar, da die Hochschulen nicht Tarifpartei sind und deshalb keinen Einfluss auf die Vereinbarung von Tarifsteigerungen haben. Die Budgets der Hochschulen würden über 5 Jahre hierdurch abgesenkt werden.
 3. Beim HSP 2020 existiert der Vorschlag, lediglich die Bundesmittel als getrenntes Budget abzubilden und die Landesmittel in das Landesbudget zu integrieren. Modellrechnungen über die Auswirkungen existieren nicht. Zu befürchten ist eine Verschiebung zugunsten der Universitäten. Zu erwarten wäre zudem insgesamt ein Absinken der Clusterpreise. Zusätzlich droht der Abzug von Planstellen für Beamte. Dies ist im Professorenbereich für Fachhochschulen - die wegen Unterfinanzierung seit Jahren aus unbesetzten Stellen kapazitätswirksam Lehraufträge vergeben müssen – in den Folgen kaum umsetzbar, da die unbesetzten Stellen auf das erforderliche Lehrangebot angerechnet werden.
 4. Die an sich wünschenswerte Erhöhung des Anteils der Erfolgsbudgets bringt den Fachhochschulen aufgrund der ganz überwiegenden Orientierung der Parameter an universitären Tatbeständen (Grundlagenforschung, Promotionen, Habilitationen etc.) eine zusätzliche relative Absenkung der Budgets zugunsten der Universitäten.
 5. Die hohe Mehrbelastung durch die Lehre wird durch eine Reduktion der Aktivitäten in der anwendungs- und transferbezogenen Forschung kompensiert. Dieses würde insbesondere aus Wirtschaftssicht den Standort Hessen schwächen.
 6. Im Falle der doppelten Jahrgänge sind Defizite in Höhe von mehreren Millionen EUR p. a. in einzelnen Fachhochschulen nicht ausgeschlossen bzw. abgedeckt.
 7. Die genannten Probleme würden an den Studierenden nicht spurlos vorüberziehen. Zum Wahljahr 2012 könnte mit erheblichen Studierendenprotesten zu rechnen sein.
- Hohe Lehrbeauftragten-Quoten und demotivierte Lehrkräfte - bzw. auch Berufungen aus dem „Mittelmaß“, weil besser qualifizierte Lehrkräfte an Hochschulen anderer Länder abwandern – könnten dazu führen, dass die Qualität von akademischer Ausbildung und Forschung in dem für die Wirtschaft inzwischen unverzichtbaren Transfer-Sektor - nämlich an den Fachhochschulen - derart an Qualität verliert, dass Hessen einen erheblichen Standort-Nachteil erleiden würde. Die dann drohenden Nachfrage- und damit Steuerausfälle stünden in keinem Verhältnis zu den jetzt geplanten Einsparungen im Wissenschaftssektor.



Was ist erforderlich:

1. Output-Leistung kann nur als absoluter – und nicht als relativer – Produktabgeltungsvorteil ausgeschüttet werden. Der relative Wettbewerb ist aus hiesiger Sicht so volks- und betriebswirtschaftswidrig. Er fördert auf Dauer Demotivation und schlechte Qualität anstelle von Anreizen, führt in Defizite sowie in eine wenig würdige Überbelastung des Systems hochqualifizierender und –qualifizierter akademischer Ausbildung und Forschung.
2. In jedem Falle sollten die Fachhochschulen für die Mehrleistungen auch höhere Produktabgeltungen erhalten und Tarifsteigerungen in voller Höhe vom Land übernommen werden.
3. Die in den Arbeitskreisen und Hochschulleitertagungen vorgebrachte Forderung der Fachhochschulen nach besonderer Gewichtung fh-spezifischer F&E-Leistungen muss aus der Sicht der Wirtschaft nennenswert wie nachhaltig berücksichtigt werden, ebenso die Höhergewichtung lehrbezogener Parameter.
4. Die hessischen Fachhochschulen leisten gute, erfolgreiche und für den Standort wichtige und nachgefragte Forschung. Ein Clusterpreis zur Unterstützung der Forschungsinfrastruktur wird als dementsprechend standorterhaltend bzw. -fördernd gesehen.

Wir würden uns freuen, wenn diese von uns in den Hochschulräten mitdiskutierten Sorgen und Bedarfe der hessischen Fachhochschulen bei Ihnen im Haus intensiv geprüft werden könnten. Da die Wirtschaftsvertreter in den Hochschulräten vermutlich an allen Hochschulen den anstehenden Pakt bewerten sollen und werden, halte ich es für sehr vorteilhaft, wenn Sie vorab und damit noch aufgreifbar oder klärend Kenntnis von unseren Sorgen erhalten.

Mit besten Grüßen

RA Jörg E. Feuchthofen
- Geschäftsführer -

Brief des Präsidenten an Abgeordnete und hochschulpolitische Sprecher

Protest der Hochschulen bleibt von der Regierung ungehört

Gleides Wortlaut auch an:
 Dr. Ulrid, Wilken DIE LINKE
 Dr. Matthias Belges FDP
 Pauline Wessler DIE LINKE
 Petra Wiese mann CDU
 Klaus-Günther Pick FDP
 Sarah Jorpe DIE GRÜNEN

Fachhochschule Frankfurt am Main ·
 University of Applied Sciences
 Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main

Gernot Grumbach
 Fraktion SPD
 Mitglied des Hessischen Landtags
 Schlossplatz 1 – 3
 65183 Wiesbaden

Der Präsident
 Besucheradresse: Gleimstraße 3, Gebäude 2
 Tel-Durchwahl: -2415, Fax: -2401
 eMail: praesident@fh-frankfurt.de
 Aktenzeichen:
 Datum 12.04.2010

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Grumbach,

mit diesem Schreiben wende ich mich an Sie mit einer Bitte um Unterstützung. Es geht um die Planungen zum Hochschulpakt 2011-2015.

Gemäß Mitteilung auf der Hochschulleitertagung vom 24. März 2010 durch den Finanzminister wird der Hochschuletat des Landes um EUR 34 Mio. herabgesenkt (und zwar entgegen der allgemeinen Interpretation der Pressemeldungen *per anno*) und Tarifsteigerungen nur bedingt und nur zu einem Bruchteil übernommen.

Gleichwohl wird der Forschungserfolgsanteil des Gesamtbudgets zu Ungunsten des Lehrbudgets um EUR 20 Mio. umgeschichtet (was zu rd. EUR 18,5 Mio. an die Universitäten fließt), ebenso werden das LOEWE-Programm und das HEUREKA-Bau-Programm unvermindert beibehalten, deren Gelder ebenfalls nicht für den Bereich Lehre zur Verfügung stehen.

Protest kam bisher von den Präsidien aller Hochschulen sowie vom Verein der Hessischen Unternehmerverbände. Dieser Protest bleibt bislang von der Regierung ungehört.

Für die Fachhochschule Frankfurt am Main bedeuten die Kürzungen laut Modellrechnungen des Landes (vorgestellt auf der genannten Hochschulleitertagung): EUR 1,1 Mio. weniger pro Jahr, unter der Bedingung der zusätzlichen Aufnahme von 1.450 Studierenden in Regelstudienzeit.

Verfehlt die Fachhochschule Frankfurt am Main bereits um 10% eine Rolle im Spitzenfeld des Wettbewerbs, drohte nach unseren Berechnungen ein Verlust von rd. EUR 4,8 Mio. jährlich. Damit müsste rein rechnerisch ein Großfachbereich geschlossen werden – einnahmenseitig sinnvollerweise ein nieder-clustriger Fachbereich, z.B. Wirtschaft und Recht.

Der Präsident
 Telefon + 49(0)69/1533-0
 Fax + 49(0)69/1533-2400
 www.fh-frankfurt.de

FH FFM - erste Hochschule
 in Hessen mit Zertifikat
 Familiengerechte Hochschule

Ich spreche an dieser Stelle für die Fachhochschule Frankfurt am Main, denn diese ist mit Realisierung der Kürzungspläne mit weitem Abstand von gravierendsten Folgen – nämlich der endgültigen, dauerhaften erheblichen Unterfinanzierung – betroffen. Der Hochschule kann bereits derzeit in jedem Moment die Unführbarkeit drohen.

Ich sage dies, ohne den geringsten Anlass zur Übertreibung zu haben. Hochschullehrer und technische, wissenschaftlich-technische, administrative wie wissenschaftlich-administrative Kräfte leisten seit mehreren Jahren an meiner Hochschule eine inzwischen an Unmöglichkeit grenzende Überlast:

Überstunden in unzumutbarem Maße werden nicht abgerechnet, Forschungssemester nicht in Anspruch genommen. Hinzu kommt die stets vorreiterhaft und vorbildliche Umsetzung struktureller Anforderungen des Landes. Vieles geschieht immer wieder mit der vermeintlichen Aussicht, die Hochschule bald besser aufgestellt zu haben und somit an der Produktabteilung besser beteiligt zu sein. Doch die Mittel verharren stets in der Größenordnung der Vorjahre.

Durch eine „mutige“ Anmeldung von Studierenden-Aufwuchszahlen für die Jahre 2011 ff versprach sich die Hochschule einen positiven „Ruck“ in finanzieller Hinsicht. Doch das Gegenteil soll nun eintreten. Meine Lehrkräfte und die übrigen Mitarbeiter sind dadurch tiefgreifend demotiviert, fast gelähmt, denn sie sind nun endgültig ausgelaugt. Anträge auf Frühpensionierung und klagen über Burn-Out-Symptome mehren sich. Ich berichte an das Land darüber seit Anfang 2009. Diese Berichte werden schulterzuckend hingenommen.

Ich komme aus der Privatwirtschaft und kenne kein Top-Management, das sich derart grausam verhält! In der Privatwirtschaft zahlt sich Engagement im Großen und Ganzen aus. An dieser Fachhochschule wird es durch das Land abgestraft. Ich kann es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, hier noch zu motivieren zu versuchen. Dies grenzte an Zynismus!

Meine Bitte um Unterstützung ist hingegen, so denke ich, realistisch: Ich möchte herzlich und inständig darum bitten, dahingehend zu intervenieren, dass die Landesregierung einen Bruchteil der HEUREKA- und LOEWE-Mittel (eben die genannten EUR 34 Mio.) in den Bereich der Lehre umschichtet, sowie auf die Erhöhung des Forschungserfolgsanteils – mit Blick auf bestehende Förderungen von Land, Bund und EU – gänzlich verzichtet.

Sie sehen, ich habe gerne ein Einsehen mit einer Haushaltskonsolidierung, die alle Ressorts einbezieht (obgleich ich persönlich eine mangelnde Investitionsbereitschaft im Bereich Bildung für fatal halte). Es ist meiner Ansicht nach nur nicht vermittelbar, dass innerhalb des Wissenschafts-Ressorts einseitig an der Lehre gekürzt werden soll. Schon das Auffangen des unabwendbaren G8-Aufwuchses stellt eine Kürzungsleistung der Hochschulen um 20%-30% dar. Soviel wird von keinem einzigen anderen Ressort verlangt.

Forschung und Bau müssen daher angesichts der kommenden Leistungszuwächse in der Lehre den Beitrag leisten. HEUREKA- bzw. LOEWE-Projekte kommender Staffeln könnten beispielsweise um lediglich sechs Monate verschoben werden. Das ist angesichts der Lage und der ansonsten drohenden Folgen in der Lehre meines Erachtens tolerierbar.

Ich fürchte, dem mit weitem Abstand stärksten Integrations-Motor der Stadt Frankfurt am Main, nämlich unserer Hochschule, droht das baldige Aus, und ich danke Ihnen im Voraus für jede Aktivität und jeden Hinweis, diese Katastrophe abzuwenden.

Ich wende mich mit ähnlichlautenden Schreiben an alle hochschulpolitischen Sprecher der Parteien sowie an Abgeordnete unseres Wahlkreises.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und sende

freundliche Grüße



Dr.-Ing. Detlev Buchholz

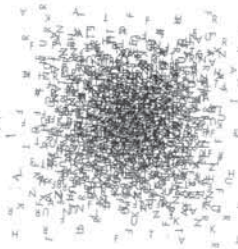
Brief des Präsidenten an die Spitzen der hessischen Wirtschaftsverbände

Konsequenzen der Kürzungen für die Wirtschaft

gleiches Wortlaut auch an:

- * *Präsident Bernd Eisinger
Arbeitsgemeinschaft d. Hess.
Handwerkskammern*
- * *Präsident Prof. Dieter Weidenmann
Vereinigung d. hess. Unternehmer-
verbände e. V. (VNU)*

Fachhochschule Frankfurt am Main -
University of Applied Sciences
Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main



Herrn
Dr. Mathias Müller
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft hessischer
Industrie- und Handelskammer
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

Der Präsident
Besucheradresse: Gleimstraße 3, Gebäude 2
Tel-Durchwahl: -2415, Fax: -2401
eMail: praesident@fh-frankfurt.de
Aktenzeichen:
Datum 15.04.2010

Sehr geehrter Herr Dr. Müller,

im Namen der Konferenz der Hessischen Fachhochschulen darf ich Sie zu einem gemeinsamen Austausch über die anstehenden Kürzungspläne des Landes im Hochschulbudget einladen.

Es sind Kürzungen angekündigt, die mit Beginn des kommenden Jahres unmittelbare und harte Einschnitte bei den Trägern der transferorientierten akademischen Lehre bedeuten. Damit wird besonders die mittelständische Wirtschaft von den Konsequenzen der Kürzungen betroffen sein.

Da bereits am 11. Mai 2010 die letzte Erörterung hierzu mit den Hochschulen stattfinden wird, wäre ich für kurzfristige Terminvorschläge, möglichst noch für einen Termin im April, sehr dankbar.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und sende Ihnen

freundliche Grüße

Dr.-Ing. Detlev Buchholz

Der Präsident
Telefon + 49(0)69/1533-0
Fax + 49(0)69/1533-2400
www.fh-frankfurt.de



FH FFM - erste Hochschule
in Hessen mit Zertifikat
Familiengerechte Hochschule

Ein Vorschlag, der sich hören lässt ...

Das Bauprogramm HEUREKA und das Forschungsförderungsprogramm LOEWE machen in der Summe ein Volumen von 340 Millionen Euro aus.

LOEWE ist angesichts der Förderungen von EU, Bund und Weiteren teilweise redundant.

HEUREKA kann angesichts der dringend anstehenden Sanierungen im Hochschulbereich niemand ernsthaft strukturell antasten wollen.

Dennoch folgende Überlegung: Eine Streckung der einzelnen Förderstaffeln um jeweils wenige Monate bzw. Wochen ergibt leicht eine Streckung von insgesamt sechs Monaten oder mehr, wodurch sich die Belastung im einzelnen Jahr des fünfjährigen Paktzeitraums um 10 Prozent verringert.

Damit könnte man wenigstens die Kürzungsabsicht um 34 Millionen Euro aufheben.

Die Forderungen der Hochschule gehen deutlich weiter, aber man ist sicher für jede Idee zur Schonung dankbar.

Noch besser wäre es ...

... der Empfehlung der Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände zu folgen. Zitat:

„1. Output-Leistung kann nur als absoluter – und nicht als relativer – Produktabgeltungsvorteil ausgeschüttet werden. Der relative Wettbewerb ist aus hiesiger Sicht völlig volks- und betriebswirtschaftswidrig. Er fördert auf Dauer Demotivation und schlechte Qualität anstelle von Anreizen, führt in Defizite sowie in eine wenig würdige Überbelastung des Systems höchstqualifizierender und -qualifizierter akademischer Ausbildung und Forschung.“

2. In jedem Falle sollten die Fachhochschulen für die Mehrleistung auch höhere Produktabgeltung erhalten und Tarifsteigerungen in voller Höhe vom Land übernommen werden.

3. Die in den Arbeitskreisen und Hochschulleitertagungen vorgebrachte Forderung der Fachhochschulen nach besonderer Gewichtung fh-spezifischer F&E-Leistungen muss aus der Sicht der Wirtschaft nennenswert wie nachhaltig berücksichtigt werden, ebenso die Höhergewichtung lehrbezogener Parameter.

4. Die hessischen Fachhochschulen leisten gute, erfolgreiche und für den Standort wichtige und nachgefragte Forschung. Ein Clusterpreis zur Unterstützung der Forschungsinfrastruktur wird als dementsprechend standorterhaltend bzw. -fördernd gesehen.“ *

Detlev Buchholz, Präsident



Foto: Fotolia

* Die vollständige Stellungnahme der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände finden Sie auf Seite 18.



caz Sonderausgabe zu den geplanten Kürzungen des hessischen Hochschulbudgets
Campuszeitung der Fachhochschule Frankfurt am Main

Herausgeber:

Der Präsident der Fachhochschule Frankfurt am Main –
University of Applied Sciences
Nibelungenplatz 1
60318 Frankfurt am Main

Redaktion

Referat Interne und externe Kommunikation
Daniela Halder
Tel. (069) 1533-2411
E-Mail: campuszeitung@fh-frankfurt.de

Mitarbeit

im Auftrag des Referats Interne und externe Kommunikation:
Büro für Wissenskommunikation, Christiane Kächler-Kröck
Tel. (06772) 1808
E-Mail: chkaechler@aol.com

Kontakt

campuszeitung@fh-frankfurt.de

Layout, Anzeigenverwaltung

VMK Verlag für Marketing und Kommunikation GmbH & Co. KG
Faberstraße 17
67590 Monsheim
www.vmk-verlag.de

Bilder

FH FFM, soweit nicht anders vermerkt

Druck, Herstellung

VMK Druckerei GmbH
Faberstraße 17
67590 Monsheim
www.vmk-druckerei.de

